

Prozess Städtebau

Strukturen, Dynamiken
und Steuerungsmodi
der Raumbildung in
der Gegenwart

Joris Van Wezemael
Ignaz Strebel
Michaela Schmidt
Lineo Devecchi
Matthias Loepfe
Daniel Kübler
Dietmar Eberle

**Zusammenfassung
der Ergebnisse und
Empfehlungen an
die Stakeholder**

Zusammenfassung und Empfehlungen

Unsere Empfehlungen an die Stakeholder schliessen unmittelbar an die oben gemachten Aussagen an und konzentrieren sich auf folgende Punkte.

Wie bereits beschrieben, bieten die zur Anwendung kommenden Entscheidungsforen unterschiedliche Grade an Offenheit resp. Geschlossenheit hinsichtlich der Diskussionsinhalte in Planungs-, Bau- und Entwicklungsprozessen dar. Daraus folgernd empfehlen wir erstens einen kreativeren Umgang mit der Nutzung und der Abfolge offener und geschlossener Entscheidungsforen. Statt der gängigen Lehrmeinung zum Planungsprozess und der teilweise auch empirische beobachteten „linearen“ Planung zu folgen, die von der allgemeinen Strategie über die parzellenscharfe Planung zur konkreten Umsetzung nach Baureglement führt, sollen offenere und geschlossene Foren zu weniger linear vorgegebenen Zeitpunkten in die Planung eingebaut werden. Einige gelungene empirische Beispiele sind Zeugen dafür, dass die Planung und Realisierung von Projekten sowieso häufig nicht den linearen Wegen folgt.

Hier schliesst unsere zweite Empfehlung an. Unsere Forschungsergebnisse zeigen auf, dass in kommunalen Entscheidungsprozessen häufig in planerischem Fachjargon kommuniziert wird. Für viele Beteiligten, insbesondere für Milizpolitiker und die Bevölkerung, sind jedoch Zonenpläne und Baureglemente nicht zwingend einfach lesbare und begreifbare Dokumente. Zukunftsideen, aber auch Entscheidungen zu konkreten Bauprojekten sind daher häufig nicht auf den ersten Blick verständlich; sie sind daher auf einen Expertendiskurs beschränkt. Zusätzlich portieren Pläne und Planungsregeln häufig relativ starre, punktgenaue Vorstellungen der zukünftigen Entwicklung und befinden sich auf der räumlich-physischen Deutungsebene. Wir empfehlen darum, in verschiedensten Stufen der Entscheidungsprozesse vermehrt mit weniger punktgenauen und dadurch besser verwandelbaren Skizzen sowie – sorgfältig dosiert – mit eingängigen Renderings oder Sprachbildern zu kommunizieren. Diese durchaus konfliktiven Zielbilder gilt es kollektiv, gegebenenfalls zusammen mit wichtigen privaten Akteuren, weiter zu entwickeln. Wenn durch solche Kommunikationsformen vermehrt auch die Öffentlichkeit in Planungsprozesse eingebunden wird, dann kann die auf Basis der vorliegenden Untersuchung als wichtig einzustufende Debatte über die vorhandene oder gewünschte, zukünftige kommunale Identität über nutzbare Alleinstellungsmerkmale und über ein kommunales Image breiter stimuliert und Planungsprozesse dementsprechend neu abgestimmt und auch legitimiert werden. Dies ist nicht nur eine Frage des demokratischen Ethos, sondern eine Notwendigkeit für die Herstellung von politisch-planerischer Handlungsfähigkeit, und damit die Basis für den vielfältigen Einsatz des Instrumentenkastens. Schliesslich müssen sich derartige kommunale Zielbilder nicht nur, aber vor allem auch an ortseigenen Qualitäten orientieren. Es sollte nicht unreflektiert Rückgriff auf städtebauliche Mainstream-Konzepte genommen werden, wie die auf Morphologien reduzierte Version der historischen europäischen Stadt. Vielmehr schlagen wir vor, dass die festgestellten unüberwindbaren Tendenzen der Fragmentierung des Raumes mit ihren Qualitäten wie Erlebnisdichte, Differenz und Überraschung als mögliche aber noch situativ zu konkretisierende Leitideen für die Erarbeitung von zukunftsgerichteten und identitätsstiftenden lokalen Zielvorstellungen dienen können. Den Schweizer Gemeinden steht bereits heute ein umfangreiches Arsenal an Policy-Instrumenten zur Verfügung, das in Kombination mit einer im internationalen Vergleich relativ grossen kommunalen Entscheidungsautonomie viele loka-

le Handlungsspielräume ermöglicht. Eine Erweiterung der lokalen Steuerungsinstrumente ist nicht nötig, denn die angewandten Kombinationsmöglichkeiten in den untersuchten Gemeinden bieten für unterschiedlichste Herausforderungen unterschiedliche Lösungen. Was jedoch sinnvoll wäre, ist ein Austausch zwischen den Gemeinden, um ebendiese unterschiedlichen Kombinationen an Instrumenten gegenseitig kennen und nutzen zu lernen. Gleiches gilt für eine vermehrte Vermittlung der Vielfalt vorhandener Steuerungsinstrumente und der häufig nicht linearen kommunalen Entscheidungsprozesse in der Lehre zu allen relevanten Disziplinen an Fachhochschulen und Universitäten. Entscheidungsprozesse in Planung und Bauwesen müssen geübt werden und sind häufig interdisziplinär, was ein weiterer Fokus in der Lehre und dem inter-munizipalen Lernen sein muss.

Viertens stehen die Wirkungsweise der kommunalen Verwaltungen und die empirisch beobachteten Routineprozesse im Fokus unserer Empfehlungen. Das Aufbrechen von Planungsroutinen durch die urbanen Brüche zeigte sich in einigen Gemeinden in teilweise kleinen, aber auch grösseren Änderungen der kommunalen Entscheidungsprozesse. Wir plädieren für eine bewussteren Wirkungsweise der Verwaltungen auch in Situationen, die nicht durch externe Brüche erzwungen werden. Eine solche bewusste Wirkungsweise zeigt sich zum Beispiel in der Anstellung einer Architektin statt einer Verwaltungsmitarbeiterin als Bausekretärin in der Neuschaffung einer Stadtplanerstelle oder dem In-/Outsourcing von Planungsleistung von/an bestimmte(n) Planungsbüros. Jedoch muss hier auch festgehalten werden, dass die Schaffung neuer, strategisch ausgerichteter Stellen und der somit professionelleren Verwaltung, nicht zwingend „bessere“ Resultate hinsichtlich Ortsentwicklung zu Stande kommen. Auch mit wenigen finanziellen oder personellen Mitteln kann innovativ und zielführend geplant und realisiert werden – vor allem, indem man sich seiner eigenen administrativen und politischen Strukturen sowie der ökonomischen Situation bewusst wird, und diese möglichst vorteilhaft einsetzt.

Schliesslich möchten wir auf Notwendigkeiten hinweisen, die sich möglicherweise aus den eben erwähnten Empfehlungen ergeben. Einige der gemachten Empfehlungen machen eine Neu- oder Zusatzausrichtung von Verwaltungshandlungen nötig. Kapazitätsausbauten sind jedoch vor allem für kleinere Gemeinden finanziell häufig nicht tragbar, oder auch politisch nicht gewünscht. Eine stärkere Regionalisierung der Planung – die nicht zwingend in institutionalisierte regionale Planungsgruppen münden muss – würde einerseits einen Austausch der bereits vorhandenen kommunal unterschiedlichen Kompetenzen in Planung und Ortsentwicklung ermöglichen. Andererseits käme ein intensiverer inter-kommunaler Austausch darüber zu Stande, in welcher Gemeinde der Region, welche Art von Zonierung wirklich sinnvoll ist. Wir beobachten, dass viele Gemeinden heutzutage ihre Zonenpläne so diversifizieren, dass möglichst alle Zonenarten (von Bau- über Reserve zu Gewerbe- oder Industriezonen) vorhanden sind. Aus unserer Sicht ist eine regionale Diversifizierung, statt der heute vorhandenen kommunalen Diversifizierung für zukünftige Planungen eine letzte Empfehlung. Ein Umdenken dieser Art würde auch die vielerorts uniformen, häufig bei externen Planungsbüros eingekauften, traditionellen Planungsgrundlagen teilweise in Frage stellen. Gleichzeitig impliziert eine solche Haltung auch eine gewisse Skepsis gegenüber dem heute für die Gemeinden zentralen Wettbewerb um gute Steuerzahler, der ebenfalls für die baulichen und sozialen Strukturen der heutigen Stadtlandschaften mitverantwortlich ist.